**Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen,
Liegenschaften und Wirtschaftsförderung**

Sitzungsdatum: Dienstag, den 18.02.2020
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 20:43 Uhr
Ort, Raum: Sitzungsraum 130

Anwesend:

Bürgermeister

Herr Tobias Gerdesmeyer

Vorsitzender

Herr Walter Sieveke

Ausschussmitglieder

Frau Margarete Godde

Herr Ralf Kache

Frau Silvia Klee

Herr Eckhard Knosp

Vertretung für Herrn Evren Demirkol

Herr Fabio Maier

Herr Walter Mennewisch

Frau Christina Renner

Herr Konrad Rohe

Herr Paul Sandmann

Vertretung für Herrn Frank Bruns

Frau Julia Sandmann-Surmann

Herr Thomas Schlarmann

Vertretung für Herrn Ali Yilmaz

Herr Peter Willenborg

Herr Michael Zobel

Verwaltung

Herr Gert Kühling

Herr Hermann Theder

Frau Anne Nußwaldt

bis TOP 3

Herr Maik Bakenhus

Gäste

Herr Franziskus Pohlmann

Herr Ali Yilmaz

Abwesend:

Ausschussmitglieder

Herr Frank Bruns

Herr Evren Demirkol

Tagesordnung:**Öffentlich**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls von der Sitzung am 19.11.2019
3. Antrag der SPD-Fraktion gemäß § 56 NKomVG - Existenzgründerprogramm
Vorlage: WÖ/001/2020
4. Investiver Zuschuss an den Sportverein Schwarz-Weiss Kroge-Ehrendorf v. 1947 e. V.
Vorlage: 20/005/2020
5. Antrag des TuS Blau-Weiss Lohne e. V. - Erneuerung des Platzes 5 (Kunstrasen)
Vorlage: 20/006/2020
6. Zuschussantrag des Tennisvereins Lohne e. V. - laufende Förderung
Vorlage: 20/004/2020
7. Erhöhung des jährlichen Zuschusses für den Runden Tisch Lohne für Integration und Völkerverständigung e. V.
Vorlage: 20/003/2020
8. Zuschussantrag des Caritas-Sozialwerks Lohne für Schuldnerberatung
Vorlage: 20/047/2019
9. Ablösung des durch die Erweiterung erforderlichen Stellplatzbedarfs für das IndustrieMuseum Lohne
Vorlage: 20/010/2020
10. Grundstücksbeordnung für die Erweiterung des Industriemuseums Lohne
Vorlage: 23/005/2020
11. Antrag der SPD-Fraktion gem. § 56 NKomVG - Aufhebung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 6 NKAG für straßenbauliche Maßnahmen in der Stadt Lohne (Straßenausbaubeitragssatzung)
Vorlage: 22/002/2020
12. 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 6 NKAG für straßenbauliche Maßnahmen in der Stadt Lohne
Vorlage: 22/004/2020
13. Antrag der SPD-Fraktion gem. § 56 NKomVG - Neubestimmung der wesentlichen Produkte des Haushaltsplans
Vorlage: 20/008/2020
14. Neues Kommunales Rechnungswesen - Unterjähriges Berichtswesen
Vorlage: 22/001/2020
15. Antrag auf Erwerb oder Pacht einer Teilfläche aus dem Spielplatz Voßberger Ring
Vorlage: 23/053/2019

16. Antrag des Ratsherrn Pohlmann zur Standortsuche für einen weiteren Nahversorger westlich der Bahnlinie
Vorlage: 23/008/2020
17. Mitteilungen und Anfragen

Öffentlich**1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende eröffnete die Sitzung und begrüßte die Anwesenden. Die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit wurden festgestellt. Zur Tagesordnung beantragte die Verwaltung den bisher vorgesehenen TOP 16 „Tauschregelung zur Optimierung der Verkehrssituation an der Ecke Klapphakenstraße / Meyerhofstraße“ von der Tagesordnung herunterzunehmen, um zunächst noch einen anderen Vorschlag zu prüfen.

einstimmig beschlossen
Ja-Stimmen: 14

2. Genehmigung des Protokolls von der Sitzung am 19.11.2019

einstimmig beschlossen
Ja-Stimmen: 14

**3. Antrag der SPD-Fraktion gemäß § 56 NKomVG - Existenzgründerprogramm
Vorlage: WÖ/001/2020****Sachverhalt:**

Die SPD-Fraktion schlägt mit Schreiben vom Oktober 2019 die Entwicklung und Umsetzung eines kommunalen Existenzgründerprogramms für Gründer aus den Bereichen Einzelhandel und Gastronomie in der Innenstadt vor. Das Schreiben war der Einladung beigelegt.

Eine solche Unterstützung soll zentraler Bestandteil des Leerstandsmanagements sein. Aktuell erarbeitet das Stadtmarketing gemeinsam mit dem HGV Citymarketing Gans & gar Lohne e. V. und der CIMA Beratung und Management GmbH aus Hannover im Rahmen des Zentren Managements der Städtebauförderung einen Vorschlag für ein solches Existenzgründerprogramm.

Das angedachte Förderprogramm sieht verschiedene Bausteine vor. Diese könnten z. B. folgende sein:

- Baustein A: Prämie / Anschubfinanzierung Die Stadt Lohne stellt (in ihrer Höhe noch zu diskutierende) Haushaltsmittel bereit. Sie ruft Gründer aus den Bereichen Einzelhandel, Gastronomie, Kreativwirtschaft, konsum- und personenbezogenen Dienstleistungen sowie Handwerk dazu auf, innovative Konzepte, die mit einer Ansiedlung im Zentralen Versorgungsbereich (mit besonderem Fokus auf die Fußgängerzone) verbunden sind, bei der Wirtschaftsförderung der Stadt Lohne einzureichen. Die Konzepte werden nach noch zu bestimmenden Kriterien bepunktet, gerankt und gefördert.
- Baustein B: Leistungen von Projektpartnern Der SPD-Antrag sieht einen Mietkostenzuschuss vor. Die Stadt schlägt dagegen vor, mit Immobilieneigentümern besondere Mietkonditionen für prämierte Gründer auszuhandeln. Dies könnte z. B. eine zeitlich begrenzte Mietfreiheit mit anschließender Staffelmiete sein. Andere Städte, z. B. Wittlich, haben gezeigt, dass Mietkostenzuschüsse seitens der Kommune nicht unbedingt notwendig sind. Hier zeigen insbesondere solche Immobilieneigentümer Entgegenkommen, deren Gebäude bereits länger leer stehen und nicht grundsaniert sind. Die Stadt vereinbart zudem kostenlose oder vergünstigte Beratungsleistungen und Gebühren und / oder zeitlich

begrenzte kostenfreie Mitgliedschaften mit Projektpartnern wie Banken, HGV, IHK / HWK, Landkreis Vechta etc.

- Baustein C: Business Angels Die Stadt sucht gemeinsam mit dem HGV Experten aus den Bereichen Handel, Gastronomie und Dienstleistungen. Sie helfen den Gründern der prämierten Konzepte mit Praxistipps und Kontakten.
- Baustein D: Weitere Leistungen der Kommune – unabhängig von Prämierung des Konzeptes
 Stellplatzablöse: Sollte durch die Neubelegung eines Leerstandes für den Eigentümer der Immobilie eine Stellplatzablöse fällig werden, tritt die Fälligkeit der Zahlung des Ablösebetrages erst 2 Jahre nach der Gründung ein. Eigentümer und Stadt schließen einen entsprechenden Vertrag. Sondernutzungssatzung: Vorbehaltlich einer genauen rechtlichen Prüfung gewährt die Stadt Gründern im Zentralen Versorgungsbereich einen zeitlich befristeten Erlass (z. B. 2 Jahre) von fälligen Gebühren gemäß der Sondernutzungssatzung.

Die Stadtverwaltung schlägt vor, ein detailliertes Konzept für ein Förderprogramm von Gründern im Zentralen Versorgungsbereich auszuarbeiten. Über die notwendigen Haushaltsmittel sollte zu einem späteren Zeitpunkt entschieden werden.

Beratungsverlauf:

Nachdem der SPD-Fraktionsvorsitzende Knospe den Antrag vorgestellt hatte, wurden die möglichen Bausteine eines Existenzgründerprogramms von der Leiterin der Stabsstelle Marketing / Wirtschaftsförderung / Öffentlichkeitsarbeit, Frau Nußwaldt erläutert verbunden mit dem Vorschlag, das Programm zunächst auf ein Jahr zu befristen und bei Erfolg zu verlängern. Frau Nußwaldt ergänzte, dass noch weitere Gespräche zwischen der Stadt, der CIMA und dem HGV Citymarketing Gans & Gar Lohne e.V. erfolgen müssen. Auch sollte ein Stichtag für die Beantragung von Förderungen gesetzt werden, bis zu dem die Projektideen angemeldet werden müssen.

Stadtkämmerer Theder ergänzte, dass ein Erlass der Gewerbesteuer nicht zielführend sei. Bürgermeister Gerdsmeyer begrüßt den Antrag und merkte an, dass es nicht nur um eine finanzielle Förderung gehe, sondern auch um Impulse für eine Geschäftseröffnung, wobei ein indirekter Mietpreisanstieg vermieden werden müsse. In Abstimmung mit der CIMA und dem HGV soll die Förderkulisse in einer der nächsten Finanzausschusssitzungen präsentiert werden. Räumlich sollte sich das Förderprogramm auf den zentralen Versorgungsbereich bzw. das Sanierungsgebiet beschränken, wobei auch eine Geschäftsverlagerung in die Innenstadt gefördert werden solle. Einige Ausschusssmitglieder regten an, die Förderbedingungen nicht zu kompliziert zu definieren und auch die spätere Abwicklung möglichst unbürokratisch durchzuführen.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt ein detailliertes Konzept für ein zeitlich befristetes Förderprogramm von Gründern im zentralen Versorgungsbereich zu entwickeln.

einstimmig beschlossen
 Ja-Stimmen: 14

**4. Investiver Zuschuss an den Sportverein Schwarz-Weiss Kroge-Ehrendorf v. 1947 e. V.
Vorlage: 20/005/2020**

Sachverhalt:

Der SV Schwarz-Weiss Kroge-Ehrendorf v. 1947 e.V. beantragte mit Schreiben vom 15.11.2019 die Gewährung eines Zuschusses für diverse Maßnahmen im Bereich seines Sportplatzgeländes. Die angestrebten Maßnahmen beziehen sich auf die Schaffung der Beregnungsanlage für zwei Plätze, die Installation einer LED-Flutlichtanlage auf drei Plätzen, die Umzäunung zweier Plätze und Maßnahmen am Gebäude. Einzelheiten gehen aus dem anliegenden Antrags schreiben hervor. Eine Ortsbesichtigung ist durch Mitarbeiter der Stadtverwaltung erfolgt. Die Sinnhaftigkeit der Maßnahmen zur Fortführung eines ordnungsgemäßen Spielbetriebs und zur Erhaltung des Gebäudes wird gesehen und vom Bauamt bestätigt.

Aufgrund eingeholter Angebote wurde die erwartete Bausumme vom Verein ermittelt:

Beregnungsanlage	84.142 €
LED-Flutlichtanlage (Hauptplatz = neu, Platz 2 und 3 Umrüstung auf LED)	96.107 €
Umzäunung des Geländes nach Nordwesten	25.255 €
Maßnahmen am Gebäude 1: Terrassenüberdachung + Raffstore	19.336 €
Maßnahmen am Gebäude 2: Malerarbeiten	16.650 €
<u>Unvorhergesehenes</u>	<u>11.900 €</u>
SUMME (gerundet):	253.400 €

Laut § 4 der städtischen Sportförderrichtlinien können Sportvereinen für den Neubau, die Erweiterung, die Sanierung und die damit in Zusammenhang stehende Ausstattung Zuschüsse gewährt werden. Sanierungsmaßnahmen sind nur dann förderungsfähig, wenn sie über den gewöhnlichen Unterhaltungsaufwand hinausgehen. Die Zuschussbewilligung erfolgt in Form eines Festbetrages auf der Grundlage einer Kostenschätzung bzw. Kostenberechnung nach DIN 276. Baukosten, die die von der Stadt Lohne anerkannte Kostenschlagssumme übersteigen, bleiben bei der Berechnung des Zuschusses unberücksichtigt und sind anderweitig zu finanzieren.

Die Zuschusshöhe beträgt laut § 5 der o.g. Sportförderrichtlinien für Neubau- und Erweiterungsmaßnahmen 50%. Für notwendige Sanierungsmaßnahmen an stadteigenen bzw. langfristig angepachteten Sportanlagen beträgt der Zuschuss 75%. Hier handelt es sich um eine langfristig angepachtete Sportanlage. Allerdings ist beabsichtigt, dass dieser Teil der Sportförderung inkl. der Zuschussquoten im Lauf des 1. Halbjahres 2020 in der Politik beraten wird. Außerdem wird eine Bezuschussung für die Anschaffung von zwei Mährobotern beantragt (Kaufpreisangebot zusammen = 31.535 €). Hierfür sehen die städtischen Sportförderrichtlinien in § 5 einen Zuschuss von 50 % der Anschaffungskosten vor. Da für diese Maßnahme im Haushalt 2020 bisher keine Mittel eingeplant wurden, wird eine haushaltsmäßige Beordnung notwendig.

Beratungsverlauf

Ausschussmitglied Willenborg teilte zunächst mit, dass er wegen eines Interessenwiderstreits nicht an der Beratung und Beschlussfassung teilnehmen wird.

Nachdem Stadtkämmerer Theder den Inhalt des Antrags und der Beratungsvorlage vorgestellt und erläutert hatte, ergänzte Bürgermeister Gerdsmeyer, dass nach Ansicht der Verwaltung die Differenzierung zwischen Neubau und Sanierung bei der Änderung der Sportförderrichtlinien aufgegeben werden sollte. Ein Ausschussmitglied regte an, für die Bewässerung eine Zisterne oder einen Wasserspeicher anzuschaffen. Der Ausschuss beschloss sodann, Herrn Peter Willenborg zu befragen. Dieser teilte mit, dass der Einbau einer Zisterne

geprüft werden solle. Danach schlug ein weiteres Ausschussmitglied vor, dass die Antragsteller grundsätzlich 2-3 Vergleichsangebote für beantragte Maßnahmen einholen sollten. Diese Vorgabe sollte auch in die geplante Änderung der Sportförderrichtlinien einfließen. Die Ausschussmitglieder waren sich insgesamt einig, dass im Falle einer vorteilhaften Änderung der Sportförderrichtlinien auch für die jetzt beantragten Maßnahmen noch rückwirkend eine Zuschussgewährung erfolgen könne.

Beschlussvorschlag:

Der SV Schwarz-Weiss Kroge-Ehrendorf erhält für die im Antrag vom 15.11.2019 genannten Maßnahmen einen Zuschuss gemäß den städtischen Sportförderrichtlinien bzw. nach den künftigen Sportförderrichtlinien, sofern hierdurch keine Verschlechterung eintritt, verbunden mit dem Hinweis, den Einbau einer Zisterne zu prüfen.

einstimmig beschlossen
Ja-Stimmen: 13

5. Antrag des TuS Blau-Weiss Lohne e. V. - Erneuerung des Platzes 5 (Kunstrasen) Vorlage: 20/006/2020

Sachverhalt:

Die im Jahr 2008 vorgenommene Umwandlung von zwei Rasenplätzen in Kunstrasenplätze (Platz 2 und 5) im Heinz-Dettmer-Stadion an der Steinfeldler Straße hat sich bewährt. Die zeitliche Nutzbarkeit der Flächen wurde erheblich ausgedehnt. Wie der Verein TuS Blau-Weiss Lohne mitgeteilt hat, ist durch die überaus starke Beanspruchung des Platzes 5 allerdings dessen Sanierung notwendig. Aus Verkehrssicherungsgründen wurde der ca. 3.000 m² große Platz 5 bereits Anfang Dezember 2019 gesperrt. Seit 2019 hat BW Lohne eine weitere Abteilung "American Football" aufgebaut, die samstags morgens auf diesem Platz trainiert. Für die Sanierung wurden drei Angebote der Firmen Eurogreen und Polythan eingeholt, wobei zwischen einem Kunstrasen mit Korkverfüllung und der unverfüllten Version mit gemischten Fasern zu unterscheiden ist. Letztere ist erst seit ca. zwei Jahren auf dem Markt, und über deren Haltbarkeit speziell auch für die American Football - Nutzung gibt es noch keine belastbaren Aussagen. Der Sportverein bevorzugt auch deswegen die günstigere Ausführung mit Korkverfüllung. Je nach Ausführung und Hersteller reichen die Angebote von 99.600 bis 157.600 €. Gemäß §§ 4 und 5 der Sportförderrichtlinien beantragt der Verein für die notwendige Sanierungsmaßnahme an der stadteigenen Sportanlage einen Zuschuss von 75 %. Die Restnutzungsdauer des benachbarten größeren Kunstrasenplatzes 2, der auch schon starke Verschleißspuren aufweist, wird auf ca. zwei Jahre geschätzt. Eine vorzeitige Sanierung zum jetzigen Zeitpunkt erscheint daher unwirtschaftlich. Ausreichende Haushaltsmittel stehen im Haushaltsplan 2020 unter Inv.-Nr. 19/009 zur Verfügung.

Beratungsverlauf

Nachdem Stadtkämmerer Theder den Sachverhalt vorgestellt hatte, wurde von einem Ausschussmitglied die starke Beanspruchung durch die Spieler der Sportart American Football kritisch gesehen. Demzufolge wurde gefordert, dass zumindest der Verein Blau-Weiß Lohne darauf hingewiesen wird, dass die Folgen einer solchen Beanspruchung verbunden mit einer verkürzten Haltbarkeit künftig vom Verein getragen werden müssen. Auf Nachfrage zur Umweltverträglichkeit des Füllmaterials wurde verwaltungsseitig bestätigt, dass die vorgesehene Sanierung diesen Aspekt berücksichtigt, weil eben kein Kunststoffgranulat verwendet werde.

Beschlussvorschlag:

Der TuS Blau-Weiss Lohne e. V. erhält für die Sanierung des Platzes 5 (Kunstrasen) im Heinz-Dettmer-Stadion mit Korkverfüllung der Fa. Polythan einen Zuschuss in Höhe von 75 % der nachgewiesenen Ausgaben (max. 75.000 €). Der Verein BWL ist auf die Folgen der ggf. verkürzten Haltbarkeit durch die übermäßige Beanspruchung des Platzes durch die Abteilung „American Football“ hinzuweisen.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 13 , Enthaltungen: 1

6. Zuschussantrag des Tennisvereins Lohne e. V. - laufende Förderung
Vorlage: 20/004/2020
Sachverhalt:

Der Tennisverein Lohne e. V. erhält seit 2014 (auf je drei Jahre befristet) einen jährlichen laufenden Zuschuss in Höhe von 15.000 Euro. Er beantragt die weitere Verlängerung sowie eine Erhöhung auf 28.000 € pro Jahr. Seit Mitte der 1970er Jahre hat der Tennisverein auf dem Grundstück der Stadt Lohne an der Steinfelder Straße umfangreiche Einrichtungen (Tennisplätze, Tennishalle, Umkleidegebäude, Clubheim) geschaffen, die sich im Eigentum der Stadt Lohne befinden. Zu den Investitionen hat der Tennisverein städtische Zuschüsse erhalten. Im Jahr 2005 wurde als weitere Finanzhilfe eine Umschuldung von Kapitalmarktdarlehen gegen zinslose Darlehen der Stadt Lohne vorgenommen. Diese Darlehen werden bis 2026 mit derzeit jährlich 21.590 € getilgt und beliefen sich zum 31.12.2019 auf 113.590 €. Nach dem zwischen der Stadt Lohne und dem Tennisverein geschlossenen Nutzungsvertrag trägt der Verein alle mit dem Betrieb der Anlagen zusammenhängenden Kosten. Er hat für die Pflege, Wartung, Unterhaltung, Instandsetzung der Anlagen zu sorgen. Zuletzt fielen an laufenden Unterhaltungskosten (Strom, Gas, Wasser/Abwasser, Abfall, Reinigung, Versicherungen) für die Tennisanlage nach den vorgelegten Unterlagen jährlich ca. 40.000 € an, wobei die inzwischen vorliegende Endabrechnung der Stromkosten für 2019 doch um einige Tausend Euro günstiger ausfiel, als die Abschläge vermuten ließen. Die Ausgaben für die Instandhaltung der Halle und der Außenanlagen schwanken und betragen in den letzten Jahren 34-42 Tsd. €. Laut Erläuterung im Antragsschreiben trug der Verein in den Jahren 2018/2019 diverse Eigenanteile für Anschaffungen und Reparaturen.

Von den Gesamtausgaben eines Jahres von ca. 250.000 € entfällt ca. die Hälfte auf die Jugendarbeit, vor allem in Form hauptamtlicher Trainer. Eine kostendeckende Mitgliedsgebühr sei in dieser Altersgruppe nicht möglich. Insgesamt flossen dem Verein, nach einer im Herbst 2018 vorgenommenen Beitragserhöhung, im Jahr 2019 ca. 192 Tsd. € Mitgliedsbeiträge zu. Der Tennisverein hatte Ende 2019 529 (2015: 508) Mitglieder, davon 230 unter 18 Jahre. Im Gegensatz zu etlichen anderen Tennisvereinen der Umgebung kann er somit stabile Mitgliederzahlen aufweisen. In den kommenden Jahren erwartet die Stadtverwaltung hier weitere Zuschussanträge für Sanierungs- und Umbauvorhaben.

Für die vier Lohner Sportvereine BW Lohne, GW Brockdorf, SW Kroege-Ehrendorf und Amasyaspor Lohne ist die Höhe der laufenden Förderung seit 2019 in der Sportförderrichtlinie festgelegt. Die Förderung dieser Sportvereine durch die Stadt Lohne richtet sich nicht prozentual nach konkreten Sachausgaben - sie honoriert die sozialpolitische, gesundheitliche und integrierende Bedeutung der Sportvereine in der Gesamtbetrachtung (mit besonderem Blick auf die geleistete Jugendarbeit) und unterstützt die Stabilität der Vereinsmitgliedsbeiträge auf einem tragbaren Niveau.

Beratungsverlauf

Stadtkämmerer Theder erläuterte den Antrag und die Situation des Tennisvereins. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Knospe verwies hierzu auf die Mitgliederzahl des Sportvereins A-masyaspor Lohne mit nur rund 100 Mitgliedern und beantragte abweichend vom Beschlussvorschlag den vom Verein beantragten Zuschuss in voller Höhe von 28.000 € zu gewähren. Ein Sprecher der CDU mahnte, dass es sich dabei fast um eine Verdoppelung des bisherigen Zuschusses in Höhe von 15.000 € handele und sprach sich für den Verwaltungsvorschlag aus. In der nachfolgenden Diskussion wurden verschiedene Kriterien angesprochen, wie z.B. der Anteil der Jugendlichen verbunden mit der Jugendarbeit, die Ausstattung mit hauptamtlichen Übungsleitern, die Anzahl der Mitglieder oder auch die finanzielle Situation, nach denen eine Zuschussgewährung festgelegt werden könne. Bürgermeister Gerdesmeyer merkte an, dass die Vereine nur schwer zu vergleichen seien und nannte als Beispiele den Golfclub und den Reitverein. Hier gebe es im Vergleich zu den anderen Sportvereinen Unterschiede insbesondere bei den Übungsleitern. Ein Ausschlussmitglied merkte an, dass sofern Mitgliederzahlen zu Grunde gelegt werden, die Vereine auf Mitgliedersuche gingen, um möglichst hohe Fördersummen zu erhalten. Ein weiteres Ausschussmitglied fand den reduzierten Betrag für den Tennisverein in Ordnung mit dem Hinweis auf die vielen Ausgaben für hauptamtliche Trainer.

Der Ausschussvorsitzende ließ zunächst über den Antrag der SPD Fraktion abstimmen:

Beschlussvorschlag

Die Stadt Lohne gewährt dem Tennisverein in den Jahren 2020 bis 2022 einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 28.000 €.

mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen: 4 , Nein-Stimmen: 10

Es folgte die Abstimmung über den ursprünglichen Beschlussvorschlag.

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Lohne gewährt dem Tennisverein Lohne in den Jahren 2020 bis 2022 einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 22.500 €.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 12 , Enthaltungen: 2

7. Erhöhung des jährlichen Zuschusses für den Runden Tisch Lohne für Integration und Völkerverständigung e. V. Vorlage: 20/003/2020

Sachverhalt:

Der Runde Tisch Lohne e. V. weist darauf hin, dass sich mit dem Zuzug der Flüchtlinge und der allgemeinen Kostenerhöhung die Aufwendungen erhöht haben, die Spenden seit 2017 aber nahezu ausgeblieben sind. Der Runde Tisch Lohne e. V. gibt an, dass er nur mit dem angesparten Guthaben aus der Zeit vor 2015 seinen finanziellen Verpflichtungen nachkommen konnte. Da seit 2019 der Arbeitskreis Integration des Präventionsrates dem Runden Tisch Lohne e. V. angegliedert wurde, haben sich die Ausgaben seitdem weiter erhöht. Mit

Schreiben vom 21.11.2019 wurde deshalb eine Aufstockung des jährlichen Zuschussbetrages von bisher 5.000,00 € auf 10.000,00 € beantragt.

Beratungsverlauf

Stadtkämmerer Theder stellte den Antragsinhalt vor. In der anschließenden Diskussion wurde zum einen die gute Arbeit hervorgehoben, zum anderen aber auch die Verdopplung des Zuschusses angesprochen, verbunden mit der Überlegung, eventuell den Förderbetrag auf 8000 € zu begrenzen und gegebenenfalls für besondere Ideen oder Projekte nochmal eine Förderung zu gewähren. Der Ausschuss beschloss sodann die anwesende Vereinsvorsitzende Frau große Holthaus zu diesem Tagesordnungspunkt anzuhören. Frau große Holthaus stellte die Ausgabensituation einschließlich Raummieten für Veranstaltungen dar und wies auf das aktuell vorhandene Defizit des Vereins hin. Der Verein habe zudem mit der Gründung des Frauentreffs eine weitere Aufgabe übernommen. Die Ausschussmitglieder einigten sich hiernach auf eine befristete Bezuschussung in der vorgesehenen Höhe.

Beschlussvorschlag:

Der Runde Tisch Lohne e. V. erhält für die nächsten 3 Jahre (2020 / 2021 / 2022) einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 10.000,00 €.

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 14

8. Zuschussantrag des Caritas-Sozialwerks Lohne für Schuldnerberatung Vorlage: 20/047/2019

Sachverhalt:

Das Caritas Sozialwerk (CSW) Lohne, von-Stauffenberg-Straße, hat mit Schreiben vom 30.04.2019 beantragt, dass die Stadt Lohne ein auflaufendes Defizit aus der Schuldnerberatung zunächst für das Jahr 2018 übernehmen möge. Vorbereitende Gespräche waren dem schriftlichen Antrag vorausgegangen.

Die Durchführung einer Schuldnerberatung ist - gesetzlich geregelt in § 16 a SGB II und § 11 Abs. 5 SGB XII – keine Aufgabe von Gemeinden, sondern eine Aufgabe der Landkreise. Im Landkreis Vechta wird diese Aufgabe seit vielen Jahren durch Schuldnerberatungsstellen freier Träger durchgeführt. Seit 1993 ist dies das Diakonische Werk in Vechta sowie von 1997-2014 die Arbeiterwohlfahrt Vechta.

Daneben gab es durch das CSW Lohne über viele Jahre eine ehrenamtliche, nicht vom Landkreis geförderte Schuldnerberatung. In den Jahren 2013 und 2014 hat die Stadt Lohne dem CSW bereits einen Zuschuss von jeweils 5.000 Euro gewährt (Sitzung des Ausschusses für Jugend, Familien, Senioren und Soziales vom 13.02.2013). Nachdem sich die Arbeiterwohlfahrt im Jahr 2014 kurzfristig aus der Beratung zurückgezogen hat, hat der Landkreis Vechta mit dem CSW vereinbart, dass auch dieses eine hauptamtliche Schuldnerberatung für den Landkreis Vechta durchführen könne.

Allerdings hat sich der Landkreis Vechta entschieden, die nachgewiesenen Kosten für die Erfüllung seiner Pflichtaufgabe nur teilweise zu ersetzen und den Trägern einen Eigenanteil aufzubürden. Dies gilt sowohl für das Diakonische Werk als auch für das CSW.

Für die Jahre 2015-2017 stellte das CSW keinen Zuschussantrag an die Stadt Lohne. 2017 kündigte das CSW wegen des hohen Zuschussbedarfs von ca. 15.000 € p.a. die Vereinbarung mit dem Landkreis Vechta, die daraufhin neu verhandelt wurde. Seit dem Jahr 2018 ersetzt der Landkreis Vechta dem CSW 85 % der ungedeckten Personal- und Sachausga-

ben, maximal 30.000 € jährlich. Dadurch ist dem CSW 2018 nach seinen Angaben ein Defizit von 5.445,51 € entstanden.

Beim Diakonischen Werk beträgt der Kostenersatz 67 % der Personal- und Sachausgaben, maximal 65.000 € pro Jahr.

Eine weitere Kofinanzierung von Schuldnerberatungsstellen erfolgt über das Land Niedersachsen sowie über die Sparkassenstiftung Niedersachsen. Jedoch wird in beiden Fällen je Landkreis nur jeweils ein Verband oder Träger gefördert (außer in Altfällen) – in beiden Fällen ist das im Landkreis Vechta das Diakonische Werk mit zusammen ca. 14.000 € pro Jahr. Das CSW als nachträglich eingestiegener Träger hat somit keine Chance, mögliche Defizite aus Zuschüssen weiterer öffentlicher Stellen zu decken.

Nach dem vorgelegten Jahresbericht des Jahres 2018 führte das CSW im Kalenderjahr 2018 288 Schuldnerberatungen durch, und zwar am Sitz in Lohne, in der JVA Vechta für Frauen und in Damme. 63 der Beratenen (25 %) stammten dabei aus Lohne.

Das Diakonische Werk listet in seinem Jahresbericht für das Kreisgebiet Vechta 521 Beratungen auf, davon 71 aus Lohne.

Der Einladung war eine Aufstellung beigefügt, aus der Einzelheiten hervorgehen.

Obwohl grundsätzlich dem Landkreis Vechta die Sicherstellung der Schuldnerberatung als Pflichtaufgabe obliegt und nur ein verhältnismäßig geringer Teil der Betroffenen aus Lohne stammt, sollte zur Aufrechterhaltung der Schuldnerberatung in Lohne befristet eine Förderung und teilweise Defizitabdeckung durch die Stadt Lohne erfolgen.

Für Lohne kann von einer Überschuldungsquote von ca. 9 % der erwachsenen Bevölkerung ausgegangen werden. Hauptursache für Überschuldungen sind im Allgemeinen Krankheit, Arbeitslosigkeit, niedrige Einkommen, Scheidung/Trennung oder überzogenes Konsumverhalten.

Ohne eine auskömmliche Förderung ist davon auszugehen, dass das CSW diese Aufgabe nicht auf Dauer fortführen wird. Dann würden gerade sozial Schwache und allgemein Hilfebedürftige eine Beratungsmöglichkeit einbüßen, bei der die Hemmschwelle ohnehin hoch ist. Es ist unwahrscheinlich, dass alle Betroffenen (aus dem Kreisgebiet) eine Beratung beim Diakonischen Werk in Vechta aufsuchen würden.

So bald wie möglich sollte nach Ansicht der Stadtverwaltung jedoch darauf hingewirkt werden, dass der Landkreis Vechta die entstandenen und nachgewiesenen Kosten zu 100 % nach Spitzabrechnung oder aber in einer auskömmlichen Festbetragsregelung übernimmt.

Beratungsverlauf

Stadtkämmerer Theder erläuterte zunächst die Gesamtsituation und stellte heraus, dass die Verantwortung für diese Aufgabe beim Landkreis Vechta liege. Auf Nachfrage, ob sich die Stadt Damme auch an dem Fehlbetrag beteilige, wurde verwaltungsseitig mitgeteilt, dass die Südkreis-Gemeinden die Caritas für eine allgemeine Beratung bezuschussen. Verschiedene Ausschusssmitglieder waren der Meinung, dass die Schuldnerberatung eine ganz wichtige Aufgabe vor Ort sei - die Thematik müsse aber beim Landkreis angesprochen werden. Es wurde daher angeregt, dass der Bürgermeister die Finanzierung des Defizits gemeinsam mit den anderen Kommunen beim Landkreis Vechta als Verantwortlicher dieser Aufgabe anspricht, um eine Lösung zu finden. Es solle darauf hingewirkt werden, dass die bisherige Mittelkürzung zurückgenommen werde.

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Lohne beteiligt sich für das Jahr 2018 an dem nachgewiesenen Defizit der durch das Caritas-Sozialwerk Lohne durchgeführten Schuldnerberatung mit einem Zuschuss in Höhe von 5.000,00 €.

Die Verwaltung wird aufgefordert, auf eine auskömmliche Kostenerstattung der Schuldnerberatung durch den Landkreis Vechta hinzuwirken.

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 14

**9. Ablösung des durch die Erweiterung erforderlichen Stellplatzbedarfs für das IndustrieMuseum Lohne
Vorlage: 20/010/2020**

Sachverhalt:

Die Stiftung IndustrieMuseum Lohne beabsichtigt im Jahr 2020 die Erweiterung des Museums. Die Stadt Lohne hat eine Bezuschussung in Höhe von 1,2 Mio. € zugesagt [= 75 % der angenommenen Baukosten von 1,6 Mio. €, Ratsbeschluss vom 12.06.2019]. Im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens sind die erforderlichen Stellplätze nachzuweisen. Deren Anzahl beläuft sich nach dem Bauantrag auf insgesamt 23 (davon 15 für den 150 m² großen Saal und 8 für die übrige Erweiterung). Auf der Fläche selber lassen sich keine Stellplätze realisieren, und die Bauherrin kann auch in der Nähe keine Stellplätze nachweisen, so dass eine Ablösung der Stellplätze nötig wird. Hierfür ist gemäß der Satzung der Stadt Lohne vom 28. Mai 2015 über die Erhebung von Ausgleichsbeträgen für nicht herzustellende Kraftfahrzeugeinstellplätze ein Betrag in Höhe von 112.700 € zu zahlen (Ablösebetrag für 23 Kraftfahrzeugeinstellplätze = 23 x 4.900 €). Die Stellplatzablöse war in dem im Jahr 2019 gestellten Zuschussantrag nicht in die Zusammenstellung erwarteter baulicher Ausgaben einbezogen worden. Die Stiftung IndustrieMuseum Lohne hat daher eine Zuwendung in Höhe dieser zu zahlenden Ablösebeträge beantragt. Der Betrag ist bei Einzahlungen und Auszahlungen im Nachtrag des Haushaltsjahres 2020 haushaltsmäßig zu beregeln.

Beratungsverlauf

Nachdem Stadtkämmerer Theder die Beschlussvorlage vorgestellt hatte, ergänzte Bürgermeister Gerdsmeyer, dass es keinerlei Alternativen gäbe. Der Beschluss für die Erweiterung sah bereits einen Eigenanteil in Höhe von 400.000 € vor, den die Stiftung durch entsprechende Spenden einbringt. Ein Ausschussmitglied riet dazu, die Anzahl der geforderten Einstellplätze nochmal vom Bauamt überprüfen zu lassen. Die Summe erscheine etwas zu hoch, so dass ggf. noch fünf Stellplätze eingespart werden könnten.

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Lohne stimmt vorbehaltlich einer nochmaligen Prüfung der geförderten Anzahl der Ablösung von 23 Stellplätzen durch die Stiftung IndustrieMuseum Lohne für die Erweiterung des Museumsgebäudes zu.

Die Stiftung IndustrieMuseum Lohne erhält eine Zuwendung in Höhe der zu zahlenden Ablösebeträge in Höhe von 113.700 €.

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 14

**10. Grundstücksbeordnung für die Erweiterung des Industriemuseums Lohne
Vorlage: 23/005/2020**

Sachverhalt:

Beim Bau des Industriemuseums im Jahr 1998 wurde die seinerzeit benötigte Fläche zur Größe von 1.046 m² von der Stadt Lohne auf die Stiftung Industrie Museum Lohne als Bauherrin und Betreiberin des Industriemuseums zum damaligen Bodenrichtwert in Höhe von 195 DM (= 99,70 €) übertragen. Bei Auflösung der Stiftung fällt das Vermögen lt. Satzung an die Stadt Lohne. Hierfür wurde im Grundbuch ein Vorkaufsrecht zur Sicherung eingetragen.

Der Rat der Stadt Lohne hat in seiner Sitzung am 12.06.2019 die Erweiterung des Industriemuseums Lohne beschlossen. Die für die Erweiterung benötigte Grundfläche zur Größe von ca. 270 m² ist noch im Eigentum der Stadt Lohne. Um für den Erweiterungsbau rechtlich einheitliche Eigentumsverhältnisse herzustellen, ist wiederum eine Grundstücksübertragung an die Stiftung Industrie Museum Lohne vorzunehmen. Der aktuelle Bodenrichtwert beträgt im dortigen Sanierungsgebiet 250 €/m².

Beratungsverlauf

Stadtkämmerer Theder stellte die vorgesehene Grundstücksbeordnung vor. Auf Nachfrage wurde mitgeteilt, dass im Falle einer Auflösung der Stiftung IML das Eigentum an die Stadt Lohne zurück falle.

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Lohne überträgt die für den Erweiterungsbau des Industriemuseums Lohne benötigte Teilfläche zur Größe von ca. 270 m² zum Bodenrichtwert in Höhe von 250 €/m² (= ca. 67.500 €) an die Stiftung Industrie Museum Lohne. Im Grundbuch wird ein Rückübertragungsanspruch für die Stadt Lohne eingetragen.

einstimmig beschlossen
Ja-Stimmen: 14

**11. Antrag der SPD-Fraktion gem. § 56 NKomVG - Aufhebung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 6 NKAG für straßenbauliche Maßnahmen in der Stadt Lohne (Straßenausbaubeitragsatzung)
Vorlage: 22/002/2020**

Sachverhalt:

Die SPD-Fraktion hat mit anliegendem Schreiben die Aufhebung der Straßenausbaubeitragsatzung in Lohne beantragt. Der Antrag wurde bereits im Frühjahr 2019 in den politischen Gremien der Stadt Lohne behandelt und zunächst bis zur geplanten gesetzlichen Neuregelung in Niedersachsen zurückgestellt. Mittlerweile hat der Niedersächsische Landtag das Gesetz zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes und anderer Gesetze und zur Flexibilisierung von Straßenausbaubeiträgen vom 24.10.2019 beschlossen und im Nds. GVBl.-Nr. 18/2019, ausgegeben am 01.11.2019, veröffentlicht.

In einigen Bundesländern wird derzeit noch über die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge diskutiert. In mehreren Bundesländern wie u.a. Bayern, Baden-Württemberg, Hamburg und Berlin ist die Erhebung von Straßenausbaubeiträge grundsätzlich nicht möglich.

Der vorliegende Antrag der SPD-Stadtratsfraktion beinhaltet im Wesentlichen die in der öffentlichen Diskussion vorgebrachten Argumente wie

- unverhältnismäßige Beitragshöhen,
- Unverständnis bei Bürgerinnen und Bürger, da sie den Ausbau „ihrer Straßen“ nicht mit einer für sie gegebenen Vorteilssituation in Zusammenhang sehen, sondern die Straßen für sie nur für den Gebrauch durch jedermann verwendet werden,
- mehr Gerechtigkeit durch Finanzierung über Steuern.

Straßenausbaubeiträge sind in vielen niedersächsischen Kommunen ein bewährtes Instrument zur Finanzierung des kommunalen Straßenbaus. Sie gänzlich abzuschaffen, bedeuten den Verlust finanziellen Spielraums für die Stadt und wecken möglicherweise sogar Begehrlichkeiten in der Bevölkerung. So spricht sich auch der Niedersächsische Städte- und Gemeindebund dafür aus, den Kommunen weiterhin die Möglichkeit zu belassen, Straßenausbaubeiträge zu erheben. Bereits bisher wurden 25 - 70 v. H. der Straßenausbaukosten aus Steuermitteln getragen, wobei die höchste Eigenbeteiligung nur bei reinen Anliegerstraßen auftritt.

Durch das vom Landtag verabschiedete Gesetz besteht für die Stadt die Möglichkeit, die Straßenausbaubeitragssatzung zum Vorteil der Bürgerinnen und Bürger zu überarbeiten und einer kreiseinheitlichen Regelung anzupassen, verbunden mit einer allen Seiten gerecht werdenden Festsetzung der Beitragssätze. Außerhalb der Satzung ermöglicht § 6 b NKAG jetzt eine Stundung (Verrentung) auf bis zu 20 Jahren mit Zinssätzen von bis zu 3 Prozentpunkten über dem gesetzlichen Basiszinssatz (der seit Juli 2016 auf minus 0,88 % festgesetzt ist).

Beratungsverlauf

Die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Klee stellte den Antrag vor, erläuterte die Begründung und ging dabei auf die jüngsten Entwicklungen quer durch die Parteienlandschaft ein. Stadtkämmerer Theater nahm anschließend bei seinen Ausführungen Bezug auf die Beratungsvorlage der Verwaltung und teilte mit, dass auch in der Vergangenheit bereits für stark betroffenen Anlieger alle gesetzlichen Möglichkeiten für eine verträgliche Lösung genutzt wurden. Am Ende blieben stets nur sehr wenige Fälle über. Er warb vor allem für eine kreiseinheitliche Regelung. Bürgermeister Gerdesmeyer teilte ergänzend mit, dass auch in der Nachbargemeinde Bakum eine modifizierte Satzung und damit eine Reduzierung der Anliegerbeiträge verabschiedet worden seien. Auch der NSGB-Kreisverband Vechta habe ein einstimmiges Votum in dieser Sache gefasst. Es sei zu bedenken, dass im Falle einer Erhöhung der Grundsteuer diese auch auf die Mieter umgelegt würde, während Ausbaubeiträge direkt vom Eigentümer entrichtet sind. Im Folgenden diskutierte der Ausschuss darüber, welche Regelung wohl am Gerechtesten sei. Dabei wurde zum einen angesprochen, dass Eigentum eine besondere Verpflichtung und Verbundenheit beinhalte, zum anderen aber vielfach die Allgemeinheit übermäßig von einem Straßenausbau profitiere. Ein Streitpunkt ist zum Beispiel die oft nicht zu erkennende Abgrenzung zwischen Ausbau und Sanierung / Unterhaltung - letztere wird ohnehin auf die Allgemeinheit umgelegt. Als weiterer Punkt wurde genannt, dass eine Abschaffung der Anliegerbeiträge mehr Begehrlichkeiten für einen vorzeitigen Ausbau weckt und demgegenüber sich die Anlieger bei der aktuellen Situation sehr genau Gedanken machen, ob sie einen Ausbau einfordern.

Beschlussvorschlag:

mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen: 5 , Nein-Stimmen: 8 , Enthaltungen: 1

**12. 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 6 NKAG für straßenbauliche Maßnahmen in der Stadt Lohne
Vorlage: 22/004/2020**

Sachverhalt:

Mit dem am 24.10.2019 beschlossenen Gesetz zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes und anderer Gesetze und zur Flexibilisierung von Straßenausbaubeiträgen hat der Niedersächsische Landtag den Kommunen Möglichkeiten eröffnet, die jeweiligen Straßenausbaubeitragsatzungen zugunsten der beitragspflichtigen Grundstücksanlieger zu modifizieren. Der Nds. Städte- und Gemeindebund - Kreisverband Vechta - hat dies zum Anlass genommen und den Stadt- und Gemeinderäten im Landkreis Vechta empfohlen, an der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen vom Grundsatz her festzuhalten, die Beitragsätze für die Anlieger aber kreiseinheitlich abzusenken.

Weiterhin besteht aufgrund der Änderung des Nds. Kommunalabgabengesetzes gemäß § 6 b Abs. 1 NKAG für die Kommunen die Möglichkeit, in der Satzung zu regeln, dass Zuschüsse Dritter abweichend von § 6 Abs. 5 Satz 5 von dem nach § 6 Abs. 3 ermittelten Aufwand oder dem nach Satz 1 zugrunde gelegten Aufwand abgezogen werden können. Soweit der Zuschussgeber nicht anderes bestimmt hat, kommen die Zuschüsse dann den Anliegern zugute.

Neu geregelt hat der Landesgesetzgeber im Änderungsgesetz ebenfalls die Option, dass der Straßenausbaubeitrag auf Antrag in Form einer Rente gezahlt werden kann. Außerhalb der Satzung ermöglicht § 6 b NKAG jetzt eine Stundung (Verrentung) auf bis zu 20 Jahre mit Zinssätzen von bis zu 3 Prozentpunkten über den gesetzlichen Basiszinssatz (der seit Juli 2016 auf minus 0,88 % festgesetzt ist).

Verwaltungsseitig wird empfohlen, die Absätze 2 und 3 des § 4 der Straßenausbaubeitragsatzung zu modifizieren:

(2) Der Anteil der Beitragspflichtigen am Aufwand beträgt	<u>neu</u> / <u>alt</u>
1. bei öffentlichen Einrichtungen, die überwiegend dem Anliegerverkehr dienen, sowie bei verkehrsberuhigten Wohnstraßen	60 v.H. (75 v.H.)
2. bei öffentlichen Einrichtungen mit starkem innerörtlichen Verkehr	
a) für Fahrbahnen, Trenn-, Seiten-, Rand- und Sicherheitsstreifen sowie Böschungen, Schutz- und Stützmauern, Busbuchten und Bushaltestellen	30 v.H. (40 v.H.)
b) für Randsteine und Schrammborde, für Rad- und Gehwege - auch als kombinierte Anlage - sowie für Grünanlagen als Bestandteil der öffentlichen Einrichtung	40 v.H. (60 v.H.)
c) für Beleuchtungseinrichtungen sowie für Rinnen und andere Einrichtungen der Oberflächenentwässerung	35 v.H. (50 v.H.)
<u>unverändert:</u>	
d) für Parkflächen (auch Standspuren) ohne Busbuchten und Bushaltestellen	70 v.H. (70 v.H.)
e) niveaugleiche Mischflächen	50 v.H. (50 v.H.)

3. bei öffentlichen Einrichtungen, die überwiegend dem Durchgangsverkehr dienen
- a) für Fahrbahnen, Trenn-, Seiten-, Rand- und Sicherheitsstreifen sowie Böschungen, Schutz- und Stützmauern, Busbuchten und Bushaltestellen **20 v.H. (30 v.H.)**
 - b) für Randsteine und Schrammborde, für Rad- und Gehwege - auch als kombinierte Anlage - sowie für Grünanlagen als Bestandteil der öffentlichen Einrichtung **30 v.H. (50 v.H.)**
 - c) für Beleuchtungseinrichtungen sowie für Rinnen und andere Einrichtungen der Oberflächenentwässerung **25 v.H. (40 v.H.)**

unverändert:

- d) für Parkflächen (auch Standspuren) ohne Busbuchten und Bushaltestellen **60 v.H. (60 v.H.)**
4. bei Gemeindestraßen im Sinne von § 47 Nr. 2 NStrG **20 v.H. (30 v.H.)**
5. bei Gemeindestraßen im Sinne von § 47 Nr. 3 NStrG
- a) die überwiegend dem Anliegerverkehr dienen **60 v.H. (75 v.H.)**
 - b) die dem Anliegerverkehr und dem sonstigen Verkehr dienen **30 v.H. (40 v.H.)**
 - c) die überwiegend dem sonstigen Verkehr dienen **20 v.H. (30 v.H.)**

unverändert:

6. Fußgängerzonen **50 v.H. (50 v.H.)**

(3) Zuschüsse Dritter sind, soweit der Zuschussgeber nicht anderes bestimmt hat, abweichend von § 6 Abs. 5 Satz 5 NKAG von dem nach § 6 Abs. 3 NKAG ermittelten Aufwand abzuziehen.

Die Änderungssatzung ist der Vorlage im Entwurf beigelegt.

Beratungsverlauf

Nachdem Stadtkämmerer Theder die geplanten Änderungen erläutert hatte, stellte der Ausschussvorsitzende die Beschlussempfehlung zur Abstimmung.

Beschlussempfehlung:

Die 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 6 NKAG für straßenbauliche Maßnahmen in der Stadt Lohne wird in der anliegenden Fassung beschlossen.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 9 , Nein-Stimmen: 5

13. Antrag der SPD-Fraktion gem. § 56 NKomVG - Neubestimmung der wesentlichen Produkte des Haushaltsplans
Vorlage: 20/008/2020

Sachverhalt:

Die SPD-Fraktion stellt mit Schreiben vom 30.01.2020 einen Antrag gemäß § 56 NKomVG auf Neubestimmung der im Haushaltsplan festgelegten wesentlichen Produkte. Die neu als wesentlich anzusehenden vorgeschlagenen Produkte sind in der Anlage gelb gekennzeichnet.

Kommunale Haushaltspläne werden nach den Bedürfnissen der Kommune in Teilhaushalte gegliedert. Die Gliederung entspricht der jeweiligen Verwaltungsgliederung. In den Teilhaushalten werden die ihnen zugeordneten Produkte abgebildet (§ 4 Abs. 1 KomHKVO)

Der Haushaltsplan der Stadt Lohne ist demzufolge nach den bei der Stadt Lohne gebildeten Organisationseinheiten gegliedert (Verwaltungsleitung, Stabsstellen, Ämter und Abteilungen). Er umfasst folgende sechs Teilhaushalte:

Teilhaushalt 0	=	Verwaltungsleitung
Teilhaushalt 1	=	Amt 1 – Hauptamt
Teilhaushalt 2	=	Amt 2 – Finanzen
Teilhaushalt 3	=	Stabsstellen – Gleichstellungsbeauftragte, Präventionsrat, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Teilhaushalt 5	=	Amt 5 – Amt für Familie und Soziales
Teilhaushalt 6	=	Amt 6 – Bauamt

Ein Schwerpunkt des 2010 eingeführten „Neuen Kommunalen Rechnungswesens“ ist die Steuerung des Finanzmitteleinsatzes durch eine „outputorientierte“ Sichtweise. § 60 KomHKVO definiert das „Produkt“ als „Zusammenfassung von Leistungen nach sachlichen Gesichtspunkten, die von einer Verwaltungseinheit für andere Stellen erbracht werden und Ressourcenverbrauch verursachen“. Der hier verwendete Begriff der „Leistung“ wird definiert als „bewertbare Arbeitsergebnisse einer Verwaltungseinheit, die zur Aufgabenerfüllung erzeugt werden.“

Die Stadt Lohne hat im Haushaltsplan 89 Produkte mit ca. 180 Leistungen (Kostenträgern) nach den verbindlichen Vorgaben des Produktrahmens des Landes eingerichtet, die den 6 Teilhaushalten zugeordnet sind.

Nach § 4 Abs. 7 KomHKVO werden in jedem Teilhaushalt die wesentlichen Produkte mit den dazugehörigen Leistungen dargestellt und sollen die zu erreichenden Ziele mit den dazu geplanten Maßnahmen sowie Kennzahlen zur Zielerreichung bestimmt werden.

Aus dem Produktkatalog sind bisher im Haushaltsplan der Stadt Lohne 17 Produkte als wesentlich ausgewählt (in der Anlage grün gekennzeichnet). Für jedes wesentliche Produkt enthält der Haushaltsplan der Stadt Lohne Zusatzinformationen (eine Produktbeschreibung mit Kennzahlen und eine Darstellung der Haushaltsansätze des Ergebnishaushaltes), während bezüglich der übrigen Produkte auf eine kleinteilige Zieldefinition und auf Kennzahlen im Haushalt verzichtet werden kann.

Kriterien für die Auswahl der wesentlichen Produkte können z.B. der finanzielle Zuschussbedarf, der absolute Aufwand oder der Entscheidungsspielraum einer Kommune (freiwillige / Pflichtaufgabe, Beeinflussbarkeit) sowie allgemeines politisches Interesse sein.

Aus Sicht der Stadtverwaltung erfüllen die vorgeschlagenen Produkte 36701 Familienbüro, 54601 Parkhäuser, 56101 Umweltmaßnahmen/Klimaschutz, 42403 Sonstige Sportanlagen (enthält den Kostenträger „Sport- und Mehrzweckhalle LOHNEUM“) 57101 Wirtschaftsförderung und 57501 Tourismus die Kriterien für ein wesentliches Produkt. Das Produkt 57303 Stadtfest/Weihnachtsaktionen ist im Aufwand und Zuschussbedarf relativ konstant und lässt auch keine für den Haushalt relevanten stichhaltigen Kennzahlen erkennen.

Das vorgeschlagene Produkt 11113 Gebäudemanagement ist bereits als wesentlich eingeordnet (Haushaltsplan 2020 Seite 15).

Die Produkte 12601 Brandschutz, 21101 Grundschulen, 21201 Stegemannschule, 21501 Realschule Meyerhofstraße und 21503 Albert-Schweizer-Realschule, deren Einstufung als nichtwesentlich die SPD-Fraktion vorschlägt, sollten aus Sicht der Verwaltung weiterhin als wesentliche Produkte dargestellt werden, da sie finanziell bedeutsam sind, und Kernaufgaben der örtlichen Gemeinschaft abbilden, deren Ausgestaltung aber auf kommunaler Ebene noch Spielraum enthält.

Das Produkt 54501 Straßenbeleuchtung ist finanziell relativ konstant und kann zukünftig als nicht wesentliches Produkt betrachtet werden.

Beratungsverlauf:

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Knospe erläuterte zunächst den Antrag. Anschließend ging Stadtkämmerer Theder auf den in der Beratungsvorlage dargelegten Vorschlag ein, wonach bei einigen beantragten Änderungen die Problematik darin liege, sinnvolle Kennzahlen zur Beschreibung zu ermitteln, vor allem beim Produkt Stadtfest / Weihnachtsmarkt. Im Ausschuss bestand Einigkeit darin, eine möglichst praktikable Lösung beizubehalten, aber auch der Politik genügend Kennzahlen und Informationen z. B. für das LOHNEUM bereitzustellen. Stadtkämmerer Theder bot daher an, bei Bedarf zusätzliche Auswertungen oder Kennzahlen bereitzustellen. Er erläuterte auf Nachfrage, dass das Produkt Grundstücksmanagement auch das Gebäudemanagement der Abt. 23 (Liegenschaften) umfasst.

Anmerkung: Das Produkt 11114 „Gebäudemanagement“ ist bei der Hochbauabteilung angesiedelt und umfasst neben deren Personalkosten ca. 8.000,00 € p. a. für allgemeine Sachkosten wie Ausschreibungen und Energieberichte.

Der Ausschussvorsitzende ließ über den Vorschlag der Verwaltung abstimmen.

Beschlussvorschlag:

In den Haushaltsplan werden ab 2021 folgende wesentliche Produkte zusätzlich aufgenommen:

36701 Familienbüro
 42403 Sonstige Sportanlagen (enthält den Kostenträger „Sport- und Mehrzweckhalle LOHNEUM“)
 54601 Parkhäuser
 56101 Umweltmaßnahmen/Klimaschutz
 57101 Wirtschaftsförderung und
 57501 Tourismus die Kriterien für ein wesentliches Produkt.

Das Produkt 54501 Straßenbeleuchtung wird zukünftig nicht als wesentliches Produkt geführt.

einstimmig beschlossen
Ja-Stimmen: 14

14. Neues Kommunales Rechnungswesen - Unterjähriges Berichtswesen Vorlage: 22/001/2020

Sachverhalt:

In § 21 der Kommunalhaushalts- und Kassenverordnung (KomHKVO) ist zur Unterstützung der Verwaltungssteuerung und für die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit der Kommune entsprechend den örtlichen Bedürfnissen u. a. ein Controlling mit einem unterjährigem Berichtswesen geregelt. Hiermit soll die Möglichkeit eröffnet werden, notfalls Korrekturen in der Haushaltsführung vorzunehmen. Zum Stichtag 31.12.2019 ergibt sich folgender Stand der Haushaltsführung:

Ergebnishaushalt	Haushaltsplan einschl. Nachtrag	Stand 31.12.2019	Stand 31.12.2018
Ordentliche Erträge <u>davon</u>	50.101.500,00 €	45.924.583,84 €	48.501.572,62 €
Gewerbesteuer	21.500.000,00 €	18.875.662,95 €	20.501.152,48 €
Gemeindeanteil der Einkommensteuer	12.110.000,00 €	12.332.098,00 €	11.773.407,00 €
Ordentliche Aufwendungen	46.913.500,00 €	37.632.065,11 €	42.574.195,55 €
Außerordentliche Erträge	800.000,00 €	995.382,12 €	2.634.780,20 €
Außerordentliche Aufwendungen	200.000,00 €	93.816,99 €	358.320,66 €

Finanzhaushalt	Haushaltsplan einschl. Nachtrag	Stand 31.12.2019	Stand 31.12.2018
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	48.277.000,00 €	45.800.899,69 €	47.193.727,22 €
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	42.309.100,00 €	39.770.462,21 €	40.195.446,11 €
Einzahlungen für Investitionstätigkeit	5.245.500,00 €	3.608.437,09 €	5.203.638,61 €
Auszahlungen für Investitionstätigkeit	18.485.000,00 €	9.460.145,30 €	11.070.430,84 €
Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit	100.000,00 €	0,00 €	1.574.338,00 €
Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	949.000,00 €	891.605,73 €	1.066.782,99 €
Summensaldo Finanzhaushalt	-8.120.600,00 €	-712.876,46 €	1.639.043,89 €

Anmerkungen

- Das Gewerbesteueraufkommen liegt 13,9 % (ca. 2,6 Mio. €) unter dem Haushaltsansatz von 21.500.000,00 €. Die Mindererträge resultieren aus Gewerbesteuerrückzahlungen aufgrund endgültiger Veranlagungen für vergangene Jahre größerer Gewerbebetriebe.
- Nichtzahlungswirksame Vorgänge für Abschreibungen, Rückstellungen für Altersteilzeit, Überstunden, Urlaub, Sonderpostenauflösung und Wertberichtigungen auf Forderungen sind bisher nicht verbucht.
- Der Bestand der liquiden Mittel hat sich zum 31.12.2019 gegenüber dem Jahresanfangsbestand unwesentlich verringert (ca. 0,7 Mio. Euro).
- Wie das endgültige Jahresergebnis des Jahres 2019 ausfällt, lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht absehen. Es ist jedoch von einem positiven Jahresergebnis (Überschuss) auszugehen.

Gewerbesteuer Ist-Aufkommen

2019	=	18.630.138,16 €
2018	=	20.351.537,75 €
2017	=	22.616.118,00 €
2016	=	21.567.610,00 €
2015	=	14.926.139,00 €
2014	=	15.902.656,00 €
2013	=	15.820.932,00 €
2012	=	16.711.962,00 €
2011	=	17.376.521,00 €
2010	=	14.755.478,00 €

Gewerbesteuer Jahres-Anordnungssoll

2019	=	18.875.622,95 €
2018	=	20.501.152,48 €
2017	=	22.429.095,87 €
2016	=	21.800.522,97 €
2015	=	14.821.887,85 €
2014	=	15.801.813,83 €
2013	=	16.190.061,15 €
2012	=	16.577.935,13 €
2011	=	17.491.820,74 €
2010	=	15.024.594,84 €

Einkommensteueranteil

2019	=	12.332.098,00 €
2018	=	11.773.407,00 €
2017	=	10.918.990,00 €
2016	=	10.240.006,00 €
2015	=	9.937.974,00 €
2014	=	9.284.287,00 €

2013	=	8.646.477,00 €
2012	=	8.106.378,00 €
2011	=	6.669.426,00 €
2010	=	6.174.453,00 €

zur Kenntnis genommen

15. Antrag auf Erwerb oder Pacht einer Teilfläche aus dem Spielplatz Voßberger Ring
Vorlage: 23/053/2019

Sachverhalt:

Anwohner des Spielplatzes am Voßberger Ring (Flur 26 von Lohne, Flurstück 45/45, 1.823 m²) beantragen, eine Teilfläche aus dem Spielplatzgelände von der Stadt Lohne zu erwerben oder zu pachten, um eine weitere Zufahrt zu ihrem Grundstück herrichten zu können.

Alternativ wird beantragt, eine größere Teilfläche aus dem Areal zwecks Errichtung eines komplett neuen Wohnhauses zu erwerben.

Der Antrag sowie ein Lageplan mit Kennzeichnung der beabsichtigten Zufahrtsfläche sind als Anlage beigefügt.

Im Bebauungsplan Nr. 81 der Stadt Lohne ist die Fläche als öffentliche Grünfläche mit der Zweckbestimmung Spielplatz/Parkanlage ausgewiesen. Mit einem Verkauf oder einer Verpachtung würde zwangsläufig eine Änderung des Bebauungsplans einhergehen.

Da die Anwohner sich durch die abendliche Nutzung des Spielplatzes als Treffpunkt für Jugendliche gestört fühlen, übernehmen sie auf eigenen Wunsch seit vielen Jahren den „Schließdienst“ für den Spielplatz. Eine vertragliche Vereinbarung hierzu existiert nicht.

Auch wenn -lt. Angabe der Antragsteller- derzeit kaum Kinder auf dem Gelände spielen und der Platz eher abends durch Jugendliche zweckentfremdet genutzt wird, ist die Festsetzung auf Dauer angelegt. Durch einen Generationenwechsel im Baugebiet kann sich durchaus wieder die Notwendigkeit eines Spielplatzes ergeben.

Beratungsverlauf

Ergänzend zur Verwaltungsvorlage wurde hierzu ein Lageplan präsentiert und die in der Umgebung vorhandenen wenigen Spielplätze aufgezeigt. Im Ausschuss bestand Einigkeit darin, dass Flächen nicht verkauft werden können, sofern diese für öffentliche Zwecke benötigt werden.

mehrheitlich abgelehnt
 , Nein-Stimmen: 12 , Enthaltungen: 2

16. Antrag des Ratsherrn Pohlmann zur Standortsuche für einen weiteren Nahversorger westlich der Bahnlinie
Vorlage: 23/008/2020

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 13.11.2019 beantragte Ratsherr Pohlmann, dass die Verwaltung mit der Standortsuche für einen weiteren Nahversorger bzw. Supermarkt westlich der Bahnlinie beauftragt werden sowie ergänzend Gespräche mit möglichen Investoren bzw. Supermarktketten führen soll. Hintergrund ist die Verlagerung des Famila-Marktes auf die Fläche der Hofstelle Küstermeyer. Der Antrag wurde bereits in der Sitzung des Rates am 11.12.2019 behandelt und vom Antragsteller erläutert und anschließend zur weiteren Beratung und Beschlussfassung in die Ausschüsse verwiesen.

Beratungsverlauf

Zunächst stellte der Antragsteller sein Antrag vor und merkte an, dass bereits vor ab über den Antrag öffentlich diskutiert wurde. Bürgermeister Gerdemeyer entgegnete, dass nicht erst seit Einreichung des Antrags über diese Thematik öffentlich diskutiert werde und teilte mit, dass er ausdrücklich einen weiteren Nahversorger in einer Größenordnung von 1000-1200 m² Verkaufsfläche westlich der Bahnlinie begrüße. Wie sich aus dem Entwurf des neuen Einzelhandelskonzeptes ergäbe, liege aber der Standort des jetzigen Famila Markt ist zu nah am Zentrum. Das Einzelhandelskonzept werde im März im Bauausschuss vorgestellt. Auch verschiedene weitere Ausschussmitglieder äußerten Ihre Unterstützung für den Antrag, so dass der Ausschussvorsitzende hierüber abstimmen ließ.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Standort für einen weiteren Nahversorger beziehungsweise Supermarkt westlich der Bahnlinie zu suchen und hier zu Gespräche mit möglichen Investoren beziehungsweise Supermarktketten zu führen.

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 14

17. Mitteilungen und Anfragen

Mitteilungen und Anfragen lagen nicht vor.

Tobias Gerdemeyer
Bürgermeister

Walter Sieveke
Vorsitzender

Maik Bakenhus
Protokollführer